

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

28.7.1890 (No. 204)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 28. Juli.

№ 204.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Redaktioneller Theil.

Karlsruhe, den 28. Juli.

Der Vollzugsausschuß der deutsch-böhmischen Abgeordneten ist am Samstag in Prag zusammengetreten, um namentlich zu der bekannnten Affaire Heinrich und im Zusammenhange damit zu der Frage Stellung zu nehmen, ob nach den letzten Vorgängen und angesichts der Haltung der tschechischen Partei die Deutschen Böhmens ihre Absicht zur Beteiligung an der nächstjährigen böhmischen Landesausstellung noch aufrecht erhalten sollen. Wie man erwarten durfte, hat die Versammlung eine scharfe Stellungnahme in der Ausstellungsangelegenheit vermieden; sie hat den Deutschen Böhmens nicht abgerathen, die Ausstellung zu besuchen, aber die Frage auch nicht im zustimmenden Sinne entschieden, sondern sie vielmehr offen gelassen. Man einigte sich nach dreistündiger Debatte dahin, eine Kundgebung über die politische Lage an die Deutschen Böhmens zu richten, in welcher der energische Widerstand der Jungtschechen gegen den Ausgleich und die zweideutige Haltung der Altschechen beleuchtet wird; die Wahl Heinrichs wird als eine Herausforderung und eine Verletzung der Ehre und der Rechte der Deutschen bezeichnet, weshalb den Deutschen empfohlen wird, die Ausstellung nur dann zu besuchen, wenn der Ausgleich zu Stande gebracht sein wird; die endgiltige Beschlussfassung über die Theilnahme an der Ausstellung soll daher bis nach Ablauf der nächsten Session des böhmischen Landtags ausgesetzt werden. Das Comité des verfassungstreuen Großgrundbesitzer fasste in der Ausstellungsangelegenheit den nämlichen Beschluß. Dieser Beschluß dürfte durchaus der Lage der Dinge in Böhmen entsprechen und die feste, aber verhältnißmäßige Haltung der Deutsch-Liberalen kennzeichnen. Das Schicksal der Prager Ausstellung liegt jetzt also in den Händen der Tschechen.

Die französische Deputirtenkammer hat am Samstag die Beratung des Zuckersteuergesetzes beendigt und das gesammte Gesetz mit 284 gegen 227 Stimmen genehmigt. Dieser letzte Tag der Verhandlung über das Gesetz brachte noch eine kleine parlamentarische Niederlage des Finanzministers Rouvier, indem die Kammer trotz des Widerspruchs Rouviers einen Änderungsantrag annahm, welcher die Steuer für Zucker zum Versüßen von Wein und Cider auf 24 statt auf 30 Francs festsetzte. Zwischen den beiden parlamentarischen Körperschaften schweben Unterhandlungen über ein Kompromiß, nach welchem der Senat das Zuckersteuergesetz in der Fassung der Deputirtenkammer annehmen und die Kammer ihrerseits die vom Senat vorgenommenen Änderungen am Grundsteuergesetz genehmigen soll. Man hofft nun, daß die Session am nächsten Freitag geschlossen werden kann. Vorher wird der Minister des Auswärtigen noch Auskunft über die französisch-englischen Verhandlungen zum Zwecke einer Entschädigung Frankreichs für dessen Zustimmung zum englischen Protektorat über Sansibar machen. Die „Liberté“ bestätigt, daß der Abschluß der Verhandlungen zwischen Frankreich und England wegen der Entschädigung für Sansibar nahe bevorstehe. Die förmliche Anerkennung der französischen Schutzherrschaft über Madagaskar soll zugestanden, die Grenzlinie des französischen Interessensbereiches in Westafrika in der Hauptsache bereits festgelegt sein. Frankreich erlangt anscheinend durch das Abkommen mit England Vortheile, mit denen es sehr zufrieden sein kann, zumal seine Gegenleistung ihm nicht viel kostet; es verzichtet auf alle Rechte in Bezug auf Sansibar, die es nie auszuüben gedachte und die schon fast in Vergessenheit geraten waren, ehe das deutsch-englische Abkommen die Aufmerksamkeit wieder auf sie lenkte.

Nachdem die Congo-Vorlage am vorigen Freitag in der belgischen Deputirtenkammer nahezu einstimmig angenommen worden ist, steht nur noch die Zustimmung des Senats zu der Vorlage aus. An der Zustimmung des Senats ist nicht zu zweifeln, sie wird wahrscheinlich ebenfalls nahezu einstimmig ertheilt werden, und so darf man denn die finanzielle Unterstützung des Congo-Staates durch Belgien mit der Aussicht auf eine künftige Vereinigung beider Staaten schon jetzt als völlig gesichert ansehen. Durch die Vorlage wurde eine Reihe von Fragen finanzieller, politischer und konstitutioneller Art aufgeworfen, die in der Presse viel lebhafter als in der Kammer erörtert worden sind; aber die in diesen Beziehungen aufgetauchten Bedenken waren doch nicht derart, daß sie das Schicksal des Gesetzes hätten gefährden können. Es konnte sich unter den Abgeordneten Niemand dem Gedanken verschließen, daß es eine Ehrenpflicht des Landes sei, das große afrikanische Unternehmen des Königs Leopold zu stützen und vor einem Uebergang in fremde Hände zu bewahren. Außerdem hatte der Ministerpräsident Beernaert

mit seiner Rede zur Befürwortung der Congo-Vorlage das Hauptbedenken, nämlich die Sorge wegen eines etwaigen Einspruches Frankreichs gegen den Uebergang des Congo-Staates an Belgien beseitigt; er konnte feststellen, daß Frankreich das Vorrecht Belgiens auf den Congo-Staat nicht bestritte und daß von dieser Seite her also keine Schwierigkeiten zu befürchten seien. Es wird nun an Belgien liegen, seine große Zukunftskolonie durch Arbeit und Kapital auf eine solche Höhe zu bringen, daß sie später reichen wirtschaftlichen Gewinn bringe. Dem König Leopold konnte in der Woche, welche der Feier seines Regierungsjubiläums gewidmet war, ein willkommeneres Geschenk der Deputirtenkammer nicht gemacht werden als durch die Annahme der Congo-Vorlage, und der König hat denn auch dem Ministerpräsidenten ein Telegramm gesandt, in welchem er diesen zu der erfolgreichen Vertretung des Gesekentwurfs beglückwünscht und der Kammer für ihre Abstimmung dankt.

Deutschland.

* Berlin, 27. Juli. Seine Majestät der Kaiser spendete 1000 Kronen für die Armen Bergens. Allerhöchstselbe soll sich trotz des ungünstigen Wetters außerordentlich zufrieden über seine Reise ausgesprochen haben. Aus Stenö wird berichtet, daß beim Empfange des Kaisers die Truppen der dortigen Garnison den Ehrendienst versehen werden. Die Nacht „Hohenzollern“ kann ihres großen Tiefganges wegen nicht in den Hafen einlaufen, sondern sie bleibt auf der Reede draußen liegen und ein Postdampfer wird den Kaiser abholen. Abends gibt der König von Belgien zu Ehren des Kaisers ein Bankett im Kasino saale.

Das Lokalkomité für Stadt und Landkreis Düsseldorf hat dem Centralkomité zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten Bismarck die Summe von 10 000 M. als erste Rate überwiesen.

Zum Kommandeur der 12. Infanteriebrigade in Brandenburg ist der Generalmajor v. Saß-Jaworski ernannt worden. Oberst v. Stwolinski, Kommandeur des 98. Regiments in Metz, wurde zum Generalmajor und Kommandeur der 31. Infanteriebrigade in Trier ernannt.

Nach einer Meldung aus Wien erhielt Admiral v. Sterned vom Kaiser Wilhelm eine Einladung zu den deutschen Land- und Seemannsdörfern. Admiral von Sterned wird in Kiel das Oberkommando des österreichischen Geschwaders bei der Vorführung vor dem Kaiser übernehmen. Das österreichische Geschwader besteht aus den drei neuen Schlachtpanzern „Rudolph“, „Kaiser Franz Joseph“ und „Stephanie“, außerdem aus einem Torpedo. Auf dem „Kaiser Franz Joseph“ kommandirt Erzherzog Karl Stephan.

Coburg, 7. Juli. Seine Hoheit Prinz Ferdinand ist aus Karlsruhe gestern hier angekommen.

München, 26. Juli. Wie aus Ansbach berichtet wird, ist der Regierungspräsident von Mittelfranken, Freiherr v. Herman, wiederholten Schlaganfällen, die ihn in den letzten Tagen betroffen hatten, gestern Abend erlegen. Zu ihm verliert der bayerische Staatsdienst einen seiner hervorragendsten und in höchster Achtung stehenden Vertreter. Hugo Frhr. v. Herman, geb. 1817, entstammte einer alten Patrizierfamilie der früheren Reichsstadt Memmingen; er wurde 1847 in das Kultusministerium berufen und 1862 zum Ministerialrath im genannten Ministerium befördert, 1873 als Regierungspräsident von Oberfranken nach Bayreuth berufen und in gleicher Eigenschaft 1876 nach Oberbayern, 1879 nach Ansbach versetzt. Anlässlich des Jubiläums seiner 40jährigen Dienstzeit erhielt er den Titel „Excellenz“.

Spanien.

Madrid, 26. Juli. Der von der spanischen Regierung nach Melilla entsandte Kriegsdampfer ist heute nach Malaga zurückgekehrt. Der Kommandant des Dampfers meldet, daß dort Alles ruhig sei und daß die Mauren sich zurückgezogen haben. Diese Nachricht bestätigt, daß der vor einigen Tagen gemeldete Angriff der Mauren auf eine spanische Kavallerieabtheilung ein vereinzelter Vorgang ohne politische Tragweite war.

Serbien.

Belgrad, 27. Juli. Die serbische Regierung läßt in Bezug auf die geforderte Genugthuung für die Ermordung des serbischen Konsuls in Bristina mit sich handeln. Nachdem die Pforte auf das Entschiedenste die serbischerseits geforderte Vorbehaltsflur türkischer Truppen vor der serbischen Konsulatsflage in Brischina abgelehnt hat, ermächtigte das Belgrader Kabinet seine Forderungen auf einen Kondolenzbesuch des Wali beim jetzigen serbischen Konsul und auf eine Geldentschädigung der Witwe des ermordeten Konsuls. (Bis jetzt hat die

Pforte auch von einer Zahlung an die Witwe des ermordeten Konsuls Marinkowitsch nichts hören wollen. Nachdem die serbische Regierung aber in dem Hauptpunkte ihrer Forderungen nachgegeben hat, darf wohl eine Verschärfung des Zwischenfalles, wie sie kürzlich von Belgrad aus durch die angedrohte Abberufung des serbischen Gesandten in Konstantinopel in Aussicht gestellt wurde, für ausgeschlossen gelten.) — Wie man der „F. Z.“ aus Belgrad meldet, hat die serbische Regierung den Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“, Petrowitsch, ausgewiesen. (Es ist dies die zweite Maßregelung der Presse in kurzer Zeit; unlängst wurde bekanntlich dem „Pester Lloyd“ das Postbebit in Serbien entzogen.) — Wegen Beleidigung des Königs Milan wurde die gestrige Nummer der „Mali Listi“ beschlagnahmt und gegen den Herausgeber Klage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Dieses Einschreiten des Staatsanwaltes gegen die „Mali Listi“ ist wohl eine Wirkung des Gerichtsbeschlusses, welcher die Immunität des Königs Milan festgestellt hat. — Ein anscheinend von dem fortschrittlichen Parteiführer Garaschanin selbst herrührender Artikel im „Bibelo“ legt die Gründe dar, warum die serbische Fortschrittspartei wieder in die Aktion trete. Sie verfolge durchaus nicht das Ziel, an die Regierung zu gelangen, da sie das Regierungsgeschäft als eine Last betrachte. Sie trete auch nicht in die Aktion, weil die Radikalen nach der Behauptung eines Wiener Blattes schwach werden. Die Fortschrittspartei finde im Gegentheil, daß die Radikalen noch viel zu stark seien und gegen deren Thaten eine stärkere Reaktion nothwendig sei, als eine solche im letzten Jahre vorhanden war. Die radikale Partei sei nicht mehr so stark wie vormals, aber immer noch stark genug. Heute sei die Solidarität zwischen den Radikalen sogar noch größer, weil sie durch die Macht getragen werden. Die Ansprüche der Fortschrittspartei seien bescheidene. Sie wolle auf dem äußeren Gebiete bloß, daß die Serben mit ihrem Namen, ihrer Geschichte und ihren Forderungen in erster Reihe Serben seien, und erkennen, daß noch nicht die Reihe an sie gekommen sei, den großen slavischen Reigen anzuführen, sondern daß jeder Tropfen serbischen Blutes bloß auf serbischem Boden für die serbischen Interessen zu fließen habe.

Amerika.

Buenos-Ayres, 26. Juli. Dem „Reuter'schen Bureau“ geht von hier folgende Meldung zu: „Die Mannschaften des zehnten Regiments haben sich auf Anstiften ihrer Offiziere empört. Die Lokalbehörden und die Regierung ergriffen energische Maßregeln, um die Empörung zu unterdrücken, und versuchten mit Hilfe der Polizei die Aufständischen zu isoliren. Der Aufstand ist jedoch fast all-gemein geworden. Es wurde der Belagerungszustand proklamirt; Börse und Banken sind geschlossen.“ Eine andere Depesche berichtet: „Heute ist infolge des Aufstandes der Truppen in der argentinischen Hauptstadt Revolution ausgebrochen. Auf den Straßen wird geschossen. Alle Läden sind geschlossen.“ (Diese Meldungen rechtfertigen die einschränkende Bemerkung, mit der wir in voriger Nummer d. Bl. das Communiqué des argentinischen Ministers des Auswärtigen, wonach in Argentinien wieder völlige Ruhe herrsche, verfahren.)

Verschiedenes.

W. Leipzig, 7. Juli. (Von der Universität. — Todesfall.) Zum Rector magnificus der Universität für das nächste Studienjahr wurde Professor der Rechte Dr. Binding gewählt. — Der österreichische Generalkonsul, Vorsitzender der Handelskammer und Direktor der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Dr. jur. Wachs muth, ist gestern Abend gestorben.

Neueste Telegramme.

München, 28. Juli. Die Equipage Seiner Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten kollidirte gestern Abend in der Münchener Vorstadt Neuhausen mit der zwischen München und Nymphenburg verkehrenden Dampftrambahn. Der Prinz-Regent wurde aus dem Wagen geschleudert, blieb jedoch vollständig unverletzt. Der ebenfalls herausgestürzte Adjutant wurde leicht verletzt.

Paris, 28. Juli. Es verlautet, Brisson werde die Interpellation betreffs Sansibars vor dem Schluß der Session erneuern. Die Deputirten des Departements Alpes maritimes beabsichtigen die Haltung des Nizzaer „Pensiero“ zur Sprache zu bringen.

Konstantinopel, 28. Juli. Die „Agence de Constantinople“ meldet: Das erwartete Traktat betreffend die Uebergabe der endgiltigen Bestallungsurkunde an die bulgarischen Bischöfe in Ohrida und Ueskub wurde gestern veröffentlicht.

